

Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ angehören. Diese Arbeitsgruppe soll unmittelbar in den Bezirken und Kreisen aktiv mithelfen, die in den neuen Ordnungen geforderte enge Zusammenarbeit zur wirksamen Bekämpfung aller Gesetzesverletzungen in der Praxis durchzusetzen.

In der Praxis zeigen sich schon Beispiele der Zusammenarbeit der Justizorgane mit den örtlichen Organen der Staatsmacht, die über die bisherigen Formen der Zusammenarbeit bis zur Richterwahl und zum Inkrafttreten der neuen Ordnungen hinausgehen. So wurde z. B. im Bezirk Neubrandenburg von der Staatsanwaltschaft gemeinsam mit den Sicherheitsorganen und den örtlichen Organen der Staatsmacht sowie Werktätigen ein Strafverfahren gegen R. und zwei andere auß. der LPG G. ermittelt. In dieser LPG herrschte eine große Schlampe. Im Vordergrund stand nicht die Stärkung der LPG, sondern die der individuellen Wirtschaft. Die Arbeitsdisziplin wurde in hohem Maße verletzt. Der Bezirksstaatsanwaltschaft gelang es, unter Hinzuziehung einer Kommission Sachkundiger die gesamte Leitungstätigkeit der LPG richtig einzuschätzen, alle Ursachen und Umstände aufzudecken, die zu der strafbaren Handlung führten bzw. diese begünstigten. Dadurch erhielten das gerichtliche Verfahren und seine breite Auswertung eine zuverlässige Grundlage. Eine Kontrolle ergab, daß auf Grund dieses Strafverfahrens in der LPG völlig neue Verhältnisse für eine ordnungsgemäße Arbeit geschaffen wurden. Hier zeigt sich ganz deutlich, welche Erfolge auf ideologischem und dadurch gesetzmäßig auch auf ökonomischem Gebiet erreicht werden können, wenn die Mittel der Justiz so eingesetzt werden, daß mit ihnen die größtmögliche Wirksamkeit erzielt wird.

Die Mitwirkung der Werktätigen

Für die Verbesserung der Leitungstätigkeit ist die Durchsetzung des Erlasses des Staatsrates über die Behandlung der *Eingaben der Bürger* von größter Wichtigkeit. Die Eingaben unserer Bürger sind ein Ausdruck ihres umfassenden politischen Mitgestaltungsrechts und müssen dementsprechend behandelt werden. Aus ihnen müssen ständig Schlußfolgerungen für die Veränderung der staatlichen Leitungstätigkeit gezogen werden. Es genügt nicht, den Staatsratserlaß nur einmal gelesen zu haben, sondern es muß ständig um seine Durchsetzung gekämpft werden.

Durch die Anstrengungen der Justizorgane in der Vergangenheit, eine echte, planmäßige und kontinuierliche Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen herzustellen, ist die *Arbeit mit den Schöffen* bei den Gerichten etwas in den Hintergrund getreten. Dieser Zustand ist umgehend zu überwinden. Die Schöffen haben nichts von ihrer Bedeutung verloren. Im Gegenteil: Mit Hilfe der Schöffen und durch sie dringt die Atmosphäre des Produktionsaufgebots, das stürmisch wachsende sozialistische Bewußtsein der Arbeiter in die Gerichte; ihre Mitwirkung bei der Rechtsprechung ist weiter zu entwickeln; höchste Aufmerksamkeit ist auf eine gute Schöffenschulung und auf die Entwicklung einer Richterstattung der Schöffen vor ihren Wählern zu richten. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Richter und Staatsanwälte noch nicht im erforderlichen Maße die Arbeit der Konfliktkommissionen unterstützen und Hilfe bei der Anwendung des Rechts leisten.»

Politische und ökonomische Schwerpunkte für die Tätigkeit der Justizorgane

Die in den Plänen der zentralen Justizorgane herausgearbeiteten Schwerpunkte erfassen die Fragen, die bei ³

3 Vgl. NJ 1961 S. 661.

richtiger Lösung mit den der Justiz zur Verfügung stehenden Mitteln im besonderen Maße geeignet sind, der Durchsetzung der von Partei und Regierung gestellten politischen und ökonomischen Hauptaufgaben zu dienen. Das bedeutet jedoch keineswegs, die übrigen Aufgaben zu vernachlässigen oder als nebensächlich zu betrachten. Es ändert sich nichts an dem Leninschen Grundsatz, alle Gesetzesverletzungen aufzudecken und auf sie in der jeweils richtigen Weise zu reagieren. Vielmehr kommt es darauf an, den Schwerpunkten besondere Aufmerksamkeit, Sorgfalt und Umsicht zu widmen; sie sind gewissermaßen die Hauptkettenglieder, von denen die Justizorgane ausgehen müssen, um am wirksamsten zur Lösung der gesamtstaatlichen Aufgaben beizutragen.

Schutz der gesellschaftlichen und staatlichen Grundlagen der Arbeiter-und-Bauern-Macht

In der gegenwärtigen Etappe ist die ideologische Diversion eine Hauptrichtung der revanchistischen Kriegspolitik, um die politisch-moralische Festigkeit unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht zu zersetzen und die Schöpferkraft unserer Werktätigen beim Aufbau des Sozialismus — vor allem bei der Verwirklichung des Produktionsaufgebots — zu lähmen. Das zeigt sich insbesondere in organisierten Grenzprovokationen und Grenzdurchbrüchen, neuen Methoden des Menschenhandels, Sabotage und Diversion sowie in einer aufs äußerste gesteigerten Hetze der NATO-Sender. Im gleichen Maße versuchen die NATO-Strategen, ihre unmittelbare Kriegsvorbereitung durch verstärkte Spionagetätigkeit zu forcieren, um die verbrecherische Zielsetzung der Aggressionspläne MC 70 und MC 96 zu verwirklichen.

Die feindlichen Agenturen des Imperialismus können wegen der Maßnahmen des 13. August nicht mehr in der alten Weise ihr verbrecherisches Treiben fortsetzen. Sie versuchen deshalb mit verdoppelter Intensität, Lücken und schwache Stellen unserer Schutzmaßnahmen für ihre Zwecke auszunutzen. Es kommt darauf an, alle neu auftretenden Methoden und Erscheinungen der Wühl- und Unterminierungstätigkeit des Klassengegners schnell zu erkennen und zu beachten.

Der Kampf gegen diese Verbrechen und denen Organisatoren muß so geführt werden, daß ihr menschenfeindlicher und völkerrechtswidriger Charakter entlarvt wird und die Schuldigen mit der ganzen Autorität unseres Staates zur Verantwortung gezogen werden. Es ist zu gewährleisten, daß eine maximale Aufklärung aller bekannt gewordenen Verbrechen erfolgt, ihre Ursachen und begünstigenden Umstände aufgedeckt und diese Verbrechen bereits in der Vorbereitung erkannt und verhindert werden.

Richtige, gut und überzeugend begründete Entscheidungen der Gerichte sowie eine gute massenpolitische Arbeit aller Justizorgane werden neben der Aufklärungsarbeit der anderen Staatsorgane, der Parteien und Massenorganisationen dazu beitragen, die revolutionäre Wachsamkeit der Bevölkerung zu erhöhen und schon im Keime verbrecherische Anschläge unwirksam zu machen. Gleichzeitig kann damit verhindert werden, daß sich ideologisch zurückgebliebene Bürger von Feinden unseres Staates für ihre schmutzigen Zwecke mißbrauchen lassen. Der Minister für Staatssicherheit sagte dazu auf der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED:

„Die Politik von Partei und Regierung besteht nicht darin, durch die Organe der Staatsmacht viele Festnahmen durchzuführen, sondern vielmehr darin, durch geduldige Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit zu verhindern, daß Bürger der DDR von Fein-